

**Drucksache
1557/2014-2020/1**

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende
Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
33597 Bielefeld
Telefon 0521 / 5150 80
Mobil: 0171-3436072
Telefax 0521 / 51 81 10
E-Mail:
barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de
www.dielinke-bielefeld.de

Bielefeld, den 27. Mai 2015

Antrag zur Ratssitzung am 28. Mai 2015 / erweiterte Fassung

Unterstützung der ver.di-Aufwertungskampagne MitarbeiterInnen in Sozial- und Erziehungsberufen

Der Rat der Stadt Bielefeld möge beschließen:

Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Lernort und die Qualität in den sozialen Berufen sind in den letzten Jahren enorm gewachsen. MitarbeiterInnen in Sozial- und Erziehungsberufen leisten eine wichtige und wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft. Sie fördern ein gutes Aufwachsen und eine gute Entwicklung von Kindern, arbeiten in Behinderteneinrichtungen und den vielen Feldern der sozialen Arbeit.

1. Der Rat der Stadt Bielefeld bedankt sich für ihr Engagement, ihre Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit, auch in schwierigen Situationen ihre Arbeit gut zu machen.

Diese Arbeit, die oft genug von Frauen bewältigt wird, muss besser gewürdigt werden. Dazu sind auch eine gute Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen erforderlich.

2. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt deshalb die aktuellen Tarifverhandlungen für eine bessere Eingruppierung und Bezahlung der MitarbeiterInnen im Sozial- und Erziehungsdienst.

Bielefeld braucht gerade in den Kindertagesstätten mehr qualifizierte Kräfte und erwartet von den aktuellen Tarifaueinandersetzungen, dass es mit dem Ergebnis mehr ErzieherInnen möglich ist, im Beruf zu bleiben.

3. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert den kommunalen Arbeitgeberverband auf, im Interesse einer guten Personalausstattung die Sozial- und Erziehungsberufe aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen entscheidend zu verbessern.

Gute Qualität und hohe Herausforderungen müssen entsprechend finanziert werden. Die Kommunen benötigen dazu mehr Unterstützung durch Bund und Land, um

die Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten und um Einrichtungen und Angebote der sozialen Arbeit in hoher Qualität zu erhalten.

4. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert den Oberbürgermeister auf, sich gegenüber Land und Bund für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, für Kindertagesstätten und andere Einrichtungen im Sozial- und Erziehungsdienst einzusetzen.

5. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Verwaltung auf, den betroffenen Eltern auf Antrag ihre Beiträge und das Essengeld für die Tage zurückzuerstatten, an denen wegen des Streiks keine Betreuung stattgefunden hat.

Begründung:

Die Entgelttabelle für die Sozial- und Erziehungsdienste wurde zum Ende des Jahres 2014 gekündigt. Seit Mitte März finden die ersten Streiks statt. Ver.di und GEW verhandeln mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Der neue Tarifvertrag wird dann primär für die kommunalen Beschäftigten im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste gelten (z.B. ErzieherInnen in Kitas, Schulsozialarbeiter, Heilpfleger/innen etc.), hat aber auch Auswirkungen für die Beschäftigten in freien und konfessionellen Einrichtungen.

Die Arbeitssituation in den sozialen und betreuenden Berufsfeldern ist besonders prekär. Die Gehälter sind niedrig, die Teilzeitquote und Verantwortung dagegen besonders hoch. Oft lastet großer Druck, der Verantwortung für die Betreuten gerecht zu werden, auf den vornehmlich weiblichen Kolleginnen und den Kollegen. Eine gute Bezahlung verhindert Armut im Rentenbezug und das gilt wiederum besonders für Frauen. Es gäbe auch mehr Männer in den Berufen, wenn die Bezahlung besser wäre und somit auch eine Familienplanung möglich wäre.

Die kommunale Familie muss einen großen Teil der Kinderbetreuungskosten selbst zahlen, aber auch Eltern werden durch immer höhere Elternbeiträge belastet. Hier sind Bund und Land gefragt, Bielefeld besser zu fördern und eine gute soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu garantieren. In den Ausbau einer öffentlichen Kinderbetreuung sollten die Steuergelder investiert werden, statt mit dem Betreuungsgeld zu vergeuden.

Elternbeiträge und Essengeld werden von den Eltern für die Betreuung der Kinder bezahlt. Da wegen der Streiks keine Betreuung stattfindet und die Stadt pro Tag 30.000.- Euro an Gehältern nicht zahlt, ist es nur recht und billig, dass dieses Geld den Betroffenen erstattet wird. Bezüglich der rechtlichen Bedenken für Haushaltssicherungsgemeinden hat die Gewerkschaft ver.di auch den Innenminister des Landes angeschrieben und erwartet zeitnah eine Klarstellung. Die Rückerstattungsbeiträge würden erheblich unter den nicht verausgabten Personalkosten liegen, so dass hier keine Belastung des Haushaltes gegeben wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schmidt

(Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)